

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Fünftes Gesetz zur Änderung der Verfassung des Freistaats Thüringen - Aufnahme von Staatszielen und Stärkung von Gleichheitsrechten <u>hier: Themenkomplex „Integration“</u> Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1629 -		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77
	Postleitzahl, Ort	60329 Frankfurt am Main
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Der DGB Bezirk Hessen-Thüringen vertritt die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder auf landespolitischer Ebene. Er ist die politische Stimme seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Der DGB ist pluralistisch und unabhängig, bezieht aber politisch klar Position für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der DGB Bezirk verhandelt mit politischen Entscheidungsträgern, Parteien und Verbänden in Ländern und Gemeinden. Als Dachverband schließt er keine Tarifverträge ab, koordiniert und unterstützt aber die Beamtenpolitik seiner Mitgliedsgewerkschaften. Er nimmt Stellung zu Gesetzesentwürfen und koordiniert die Vertretung bei Sozialversicherungen, Kammern und Gerichten. Der DGB kommentiert aktuelle Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, in der Sozial- und Gesundheitspolitik. Er setzt sich für eine solidarische Gesellschaft und eine gerechtere Verteilung der Einkommen ein.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> • Grundverständnis: Integration als wechselseitiger Prozess, der alle Beteiligten in den Blick nimmt. • Bezug zur freiheitlich demokratischen Grundordnung streichen. Erwähnung im Zusammenhang mit Integration spiegelt Misstrauen gegenüber Zugewanderten wider. • Einschränkung auf „rechtmäßig auf Dauer in Thüringen lebenden Menschen“ ist falsch und entspricht nicht den Realitäten der diversen Migrationsgeschehen. • Grundsätzliche Frage wie weit die Beschreibung der Integrationsförderung in der Verfassung gehen und an welcher Stelle einfache gesetzliche Regelungen greifen sollten. Hier fehlt die „zweite Seite“ des Integrationsprozesses (wie werden hier lebende Menschen unterstützt, neu hinzukommende aufzunehmen). Diese „zweite Seite“ müsste ergänzt werden, wenn die Integrationsförderung mit Unterpunkten in der Verfassung erläutert werden soll. • Einseitige Identifikation mit nicht näher definierten Werten ist problematisch – zumal diese u.E. nicht näher definierbar sind. • Mindestens kommunales Wahlrecht für alle Migrant*innen, genauso wie Ausländerbeiräte in Thüringen. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 8 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Frankfurt, den 17.12.2020	